

Am 25. Mai sind nun Sie gefragt, in einem Bürgerentscheid die Entscheidung zu treffen. Wir bitten Sie dringend, mit Ihrer Stimme den Weg für einen Neuanfang an der Verwaltungsspitze freizumachen. **Jede Stimme ist wichtig.**

Denn wir brauchen nicht nur eine Mehrheit. Die Abwahl gelingt nur, wenn **mindestens ein Viertel aller Wahlberechtigten aktiv „Ja“ zur Abwahl** sagt. Wir wissen: Nicht alle Probleme können in der Kommunalpolitik gelöst werden. Aber zumindest können Sie darauf Einfluss nehmen, wie lange Sie auf Termine und Bescheide warten, ob Schulen saniert werden, wie teuer künftig Ihre Fernwärme ist oder wie wir mit Herausforderungen in unserer Stadt umgehen.

Wir denken, dafür lohnt es sich allemal, die demokratischen Rechte zu nutzen und sich am Bürgerentscheid zu beteiligen. Wenn Sie mindestens 16 Jahre alt sind, in Potsdam wohnen und die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates haben, können Sie:

- ✓ am 25. Mai 2025 in Ihrem Wahllokal persönlich abstimmen, oder
- ✓ die Briefwahlunterlagen anfordern (QR-Code), oder
- ✓ ab dem 5. Mai persönlich in das Briefwahlbüro in der Hegelallee 6, Haus 1, gehen und direkt Ihre Stimme abgeben.

Misstände sind kein Naturgesetz!

Zur Briefwahl:



Die **PARTEI**



Volt



Gemeinsame Erklärung zur Abwahl von Oberbürgermeister Mike Schubert

Bürgerentscheid am 25. Mai 2025
Ihre Stimme entscheidet!

**Ja zum
Neuanfang!
am 25. Mai**



Warum dieser Bürgerentscheid?

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

am 25. Mai 2025 **entscheiden Sie**, ob Mike Schubert Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam bleibt. Dieser **Bürgerentscheid** wurde von einer Zweidrittelmehrheit der von Ihnen gewählten Stadtverordneten beantragt und **mit den Stimmen aller Stadtverordneten außer denen der SPD beschlossen**.

Diese große parteiübergreifende Mehrheit zeigt: **Potsdam braucht einen Neuanfang!**

Für die Zusammenarbeit der Stadtverordnetenversammlung mit dem Oberbürgermeister als Leiter der Stadtverwaltung besteht keine vertrauensvolle Basis mehr. Zu oft hat der Oberbürgermeister Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht umgesetzt und Weichen falsch gestellt. Er hat die Stadtverordneten nicht umfassend, zu spät oder unvollständig über wichtige Entwicklungen informiert, und gegebene Zusagen gebrochen.

Mike Schubert ist seiner Verantwortung als Chef der größten Kommunalverwaltung im Land Brandenburg nicht gewachsen.

Innerhalb der Verwaltung rumort es. Immer wieder verlassen wichtige Führungskräfte die Stadtverwaltung. Obwohl dem Oberbürgermeister seit seinem Amtsantritt 500 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt wurden, ist seine Stadtverwaltung nicht in der Lage, zentrale Dienstleistungen in angemessener Qualität und in akzeptablen Fristen zu erbringen. Das merken viele Bürgerinnen und Bürger auch ganz unmittelbar.

Inzwischen müssen Familien ihre Urlaubsreisen absagen, weil der Bürgerservice ihnen nicht rechtzeitig die Reisepässe bereitstellen kann. Alleinerziehende melden ihre Kinder vom Schulesen ab, weil die beantragten Bildungs- und Teilhabepaket-Leistungen in der Stadtverwaltung über Monate nicht bewilligt werden, und eine weitere Vorfinanzierung des Essensgeldes nicht gestemmt werden kann. Und oft bemängeln Antragsteller, dass ihre Nachfragen in der Wohngeldstelle, in der Einbürgerungsbehörde oder auch im Büro des Oberbürgermeisters nicht einmal beantwortet werden.

Was steht auf dem Spiel?

Es geht also nicht nur um einzelne politische Entscheidungen, sondern um den grundsätzlichen Umgang Mike Schuberts mit Verantwortung, Zusammenarbeit und Führung. **Was uns über Parteigrenzen hinweg eint**, ist die Erfahrung:

- ⚠ dass wichtige **Beschlüsse** der Stadtverordneten **nicht umgesetzt** werden,
- ⚠ dass in der Stadtverwaltung ein angespanntes, teils **demotiviertes Arbeitsklima** herrscht,
- ⚠ dass viele Bereiche – von der Terminvergabe im **Bürgerservice** bis zum Schutz von Kindern und Jugendlichen – nicht so funktionieren, wie Sie als Bürgerinnen und Bürger es erwarten dürfen,
- ⚠ dass bei zentralen Fragen wie **Haushaltsplanung, Wohnraumschaffung** oder Beteiligung oft nicht transparent und verbindlich kommuniziert wird,
- ⚠ dass zentrale Aufgaben unserer kommunalen Unternehmen – ob im Bereich Wärmeversorgung, Mobilität, Gesundheit oder Wohnraum – nicht strategisch gesteuert werden, und
- ⚠ dass die Integrität des Amtes – gerade durch **persönliche Vorteilsannahmen** im Rahmen der „Ticket“-Affäre – gelitten hat, bei der die Staatsanwaltschaft Neuruppin 67 Fälle „als strafbar wegen Vorteilsnahme“ sah, das Verfahren aber gegen eine Geldauflage von 34.000 Euro einstellte.

Die Bilanz der bisherigen Amtszeit Mike Schuberts als Oberbürgermeister ist ernüchternd: Mangelnde Koordination gefährdet die Umsetzung wichtiger Investitionen und die Verwaltungsmodernisierung. Wertvolle Zeit geht verloren. Eine dauerhafte Blockade zwischen Oberbürgermeister und Stadtverordneten hilft niemandem. **Die Stadt braucht wieder Vertrauen, Klarheit und Zusammenarbeit.** Deshalb haben die Stadtverordneten der unterzeichnenden Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung einen gemeinsamen Antrag zur Abwahl des Oberbürgermeisters eingebracht und beschlossen.